

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

19 (19.1.1920) Erstes Blatt

Demokrat:
in Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 2.40 M.,
vierteljährlich 7.20 M., an
den Ausgabestellen abgeholt
monatlich 2.30 M.,
vierteljährlich 6.90 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
2.65 M., vierteljährlich 7.95 M.

**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die Ogeff. Nonpareilzeile
oder deren Raum 80 Pfg.,
Reklamezeile 2. — M., an
erster Stelle 2.50 M.,
Abat: nach Tarif.
Anzeigen-Nachnahme
bis 12 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen (Kleinanzeigen)
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanzeige:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Karlsruhe, Ritterstraße 1.
Schriftleitung Nr. 202 u. 203

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortl. für Politik: Martin Polster; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Detrich Gerhardt; für Deutschland: Carl Sellemeyer; für Internat. Paul Ruchmann.
Druck und Verlag: G. H. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Steinrich, Friedenau, Breitenstraße 65/66, Telephon-Umstand 2902. Für unvollständige
Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifolgt ist.

117. Jahrg. Nr. 19.

Montag, den 19. Januar 1920

Erstes Blatt.

Die Auslieferungen.

Von Professor Gerland.

Bekanntlich ist Deutschland durch den Friedensvertrag verpflichtet, jene Personen, die die Entente namhaft macht, ihr zur strafrechtlichen Verfolgung auszuliefern, ohne Rücksicht auf die reichsgesetzlichen Bestimmungen, wonach Deutsche einer fremden Macht zur Verurteilung nicht ausgeliefert werden dürfen. Wie man den ausländischen Zeitungen entnimmt, beschließen sich die verschiedenen Staaten der Entente bereits auf das entschiedenste mit der Aufstellung der Listen der auszuliefernden Personen. Wer dazu gehört, ist bis jetzt vollkommen unklar, und namentlich muß dringend davor gewarnt werden, etwa anzunehmen, daß bestimmte Personen aus irgendwelchen Rücksichten auf den deutschen Standpunkt von der Entente nicht genannt würden. Ich glaube, man tut noch den Erfahrungen der vergangenen Zeit klüger, anzunehmen, daß uns nichts erspart bleibt, um daher auf alles gefaßt zu sein.

Es will mir nun scheinen, als ob man sich, ich weiß nicht, ob an regierenden Stellen, jedenfalls aber in der Öffentlichkeit, noch nicht genügend mit der Frage befaßt hat, wie denn eigentlich die Auslieferung durchgeführt werden soll. Daß hier Schwierigkeiten über Schwierigkeiten entstehen, auch innerpolitischer Natur, liegt auf der Hand. Denn es dürfte doch eigentlich kaum möglich sein, daß ein demokratischer Parteiminister Haftbefehle gegen Personen erläßt, die Deutschland in treuer Pflichterfüllung ehrenvoll vertreten haben, wenn sie auch schließlich in dem ungleichen Kampf der Waffen unterlegen sind. Es dürfte dies um so weniger möglich sein, als die demokratische Partei den Friedensschluß auch deshalb abgelehnt hat, weil sie unsere Auslieferungspflicht der Entente gegenüber nicht anerkennen vermochte. Daß sich hier aus dem Eintritt der Demokraten in die Regierung Bedenken ergeben von sehr großer Tragweite, liegt auf der Hand. Aber auch abgesehen hiervon, ist die Schwierigkeit, die der Regierung entsteht, so groß, daß man sich nur darüber wundern kann, daß in der Öffentlichkeit nicht längst diese Frage eingehend behandelt worden ist. Es nützt doch nichts, daß man, wie so oft, Vogelstraußpolitik treibt und abwartet, was kommt. So oft hat man uns gesagt, es wird nicht so schlimm werden, und dann ist es immer viel schlimmer geworden, als man erwarten konnte. So kann es diesmal auch wieder werden und daher müssen die Fragen, um die es sich handelt, wenn man überhaupt noch in der Angelegenheit Deutschland eine Mitbestimmung bewahren will, geklärt sein, ehe die Entente die verhängnisvolle Anforderung zur Auslieferung an uns richtet.

Ich meine nun, daß sich wohl ganz Deutschland über den einen Gedanken klar ist, daß alles geschehen muß, um den abzuliefernden Personen jene Hilfe durch das Reich zu gewährleisten, die auf Grund des Friedensvertrages geleistet werden kann. Hier scheint mir ein Gedanke von Bedeutung zu sein, der daher zuerst erörtert werden mag.

Die Entente verlangt die Auslieferung Deutscher aus zwei ganz verschiedenen Gründen. Einmal werden Anträge gegen einzelne Persönlichkeiten erhoben wegen Taten, die auch nach geltendem Reichsrecht unter die Strafgesetze fallen. Hierzu gehört unermessliches Erschießen von Zivilpersonen, unerlaubte Inbrandsetzung von Dörfern, Plünderung und was dergl. mehr ist.

Nun kann es doch nicht allzu schwer sein, festzustellen, gegen welche Personen solche Anträge erhoben werden, und ich meine, die deutsche Regierung täte gut daran, wenn sie in allen diesen Fällen sofort ein strafrechtliches Verfahren gegen die betreffenden Personen vor deutschen Gerichten einleiten würde. Selbstverständlich müßte sofort erklärt werden, daß durch dieses Strafverfahren nicht etwa das Recht der Entente auf nochmalige Aburteilung beeinträchtigt werden sollte. Allein es dürfte doch zur Klärung der Sachlage wesentlich beitragen, wenn deutsche Gerichte den Tatbestand ihrerseits auch festgelegt hätten, und es würde dies auch den Angeklagten vor den Ententegerichten ihre Verteidigung wesentlich erleichtern. Ferner aber würde es der Entente den Ernst der deutschen Regierung beweisen, Verbrechen, von wem sie auch immer begangen sein mögen, ohne Ansehung der Partei, des Standes usw. zur Aburteilung zu bringen. Es ist ja das gerade die Behauptung der Entente, die so oft aufgestellt ist, auf die auch in der Mantelnote der Entente hingewiesen ist, daß unsere Regierung die Strafverfolgung nicht eingeleitet hätte, obwohl die Beschuldigungen offensichtlich seien. Und es muß angegeben werden, daß es unbegreiflich ist, daß die Regierung hier noch nicht eingeschritten ist. Jetzt, wie gesagt, dürfte aber der letzte Zeitpunkt gegeben sein, in dem ein solches ganz objektives Einschreiten, Bestimmen, evtl. Verurteilen noch die letzte Möglichkeit böte, die Auslieferung in diesem Falle vielleicht zu verhindern.

Auf der andern Seite verlangt die Entente Auslieferung wegen Handlungen, die sich gegen das allgemeine Völkerrecht richten sollen. Hier handelt es sich also um Tatbestände, die nicht unter ein deutsches Strafgesetz fallen und die in-

folgedessen auch nicht vor deutschen Strafgerichten zur Aburteilung gebracht werden können. Meine Auffassung, daß alle diese Fälle längst vor einem Staatsgerichtshof hätten zur Entscheidung gebracht werden müssen, ist, so bekannt, als daß ich sie hier noch einmal aussprechen muß. Es besteht ja auch scheinbar nicht die Absicht, in der nächsten Zeit einen Staatsgerichtshof für diese Angelegenheiten zu bilden und es muß daher mit einer Auslieferung gerechnet werden, die vielleicht (ich betone das „vielleicht“) bei rechtzeitiger Transparenznahme eines Staatsgerichtshofes hätte vermieden werden können.

Was soll nun hier geschehen? Ich meine, das Richtige für alle Personen, die hier in Frage kommen, wäre, daß sie sich freiwillig sofort stellen würden. Daß diese Forderung vom Einzel-

nen ungeheuer viel verlangt, liegt auf der Hand. Aber wenn der Krieg vom Einzelnen verlangt, daß er für die Gesamtheit stirbt, so dürfte vielleicht der Friede auch diese Forderung an den Einzelnen richten können und ich glaube, daß die, die im Kriege rücksichtslos ihre eigene Person immer und immer wieder für das Vaterland eingesetzt haben, auch zu jenem letzten, höchsten Opfer bereit sind, das die Auslieferung an den Einzelnen stellt. Ich würde es für durchaus unrichtig halten, wenn man (etwa gar aus parteihaftigen Rücksichten heraus) die Regierung zwingen wollte, ihrerseits die Auslieferung zu erzwingen.

Wenn nun aber die freiwillige Gestellung der Einzelnen erfolgen würde, so müßte selbstverständlich der Staat die unbedingte Verpflich-

tung übernehmen, all den Schaden zu ersetzen, der dem Einzelnen, der sich dem Vaterlande opfert, durch dieses Opfer entsteht. Es dürfte hier nicht wieder in geradezu unerfreulicher Weise die Schadenvergütung hinausgeschoben werden, bis sich dieser Schaden ziffermäßig feststellen läßt, sondern es müßte von allem Anfang an in weitgehendster, vornehmster Art dafür gesorgt werden, daß keinerlei wirtschaftliche Nachteile für die Einzelnen, namentlich aber für ihre Familien aus der Auslieferung entstehen. Es kann natürlich nicht daran gedacht werden, daß die freiwillige Gestellung der Einzelnen erfolgt, wenn etwa von der Regierung ein Verfahren beliebt würde, wie man es gegenüber den vertretbaren Erbschafts-Rothkränzen angewandt hat, denen man erst gar nichts, dann aber nur Unterstützung durch das Rote Kreuz gewährte. Das beste wäre, daß die Nationalversammlung sich sofort mit der ganzen Frage beschäftigt und die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt. Ferner müßte von der Regierung in umfassender Form für die Verteidigung gesorgt werden, denn auch hier ist die Unterstützung durch das Reich verfluchte Pflicht und Schuldigkeit und sonst nichts.

Was nun aber die Verteidigung selbst betrifft, so würde ich es für richtig halten, daß die auszuliefernden Personen nach einer bestimmten Vereinbarung einheitlich vorgehen würden. Wenn sie sich freiwillig dem Friedensvertrag unterwerfen, so bedeutet das nur, daß sie sich den fremden Gerichten stellen, nicht aber, daß sie die fremde Gerichtsbarkeit anerkennen. Mein Vorschlag geht infolgedessen dahin, sich zu stellen, aber vor den Ententegerichten die Einlassung zu verweigern und sich nach keiner Richtung hin irgendwie zu verteidigen. Die Angeklagten müßten schweigend für das Vaterland dulden, aber es unter ihrer Würde halten, vor einem durch leidenschaftlichen Haß verblendeten und besangenen Gericht ein Urteil entgegenzunehmen, das als Recht anerkanntem keinem Deutschen jemals zugemutet werden kann. Denn der alte Rechtsgrundsatz, daß niemand Richter in der eigenen Sache sein kann, muß auch, wenn wir nun einmal völkerrechtliche Gerichte bekommen, für das Völkerrecht gelten und infolgedessen ist hier Schweigen die einzige Antwort, die einem Feinde gegenüber am Platze ist, der es für mit seiner Ehre vereinbar hält, von dem mehrlos Besiegten alles zu erpressen, was überhaupt nur möglich ist. Allerdings müßten dabei alle Angeklagten konform vorgehen und es dürfte namentlich nicht die nahegelegende, sehr einfache Verteidigung gewählt werden, man habe nur auf Befehl des Vorgesetzten geschweigt. Eine derartige Verteidigung kann nur als unwürdig bezeichnet werden, denn da wir nun einmal alle, jeder an seiner Stelle, unser Bestes für unser Vaterland in diesem Kriege um die Freiheit (denn das es um die Freiheit ging, beweist der Frieden von Versailles) eingesetzt haben, so müssen wir auch die Verantwortung für unsere Handlungen selber übernehmen und dürfen nicht die damit belassen, denen wir doch vielleicht oft nur allzu willig und allzu gern gehorcht haben.

Da die Zeit drängt, muß die Frage so rasch wie möglich geklärt werden. Sie zur öffentlichen Diskussion gestellt zu haben, war der Zweck meiner Zeilen.

Das Betriebsrätegesetz in 3. Lesung angenommen.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Die Unabhängigen haben es also glücklich fertig gebracht, daß auch der getriggerte Sonntag zur Erledigung der Betriebsräte-Vorlage, die doch im wesentlichen durchaus feststand, benutzt werden mußte. Die wenigen Zuspätkommer auf der Presse-Tribüne konnten leider nur feststellen, daß das Feiertagsniveau der Nationalversammlung genau so fragwürdig war wie in den letzten dreizehntägigen Arbeitstagen. Wenn es auch an und für sich dankenswert war, daß der Rechtssozialist Osteroth noch einmal gründlich mit den unabhängigen Oppositionsmitgliedern abgerechnet, wenn man es auch begrifflich fand, daß er dabei aus seinem Herzen seine Mördergrube machte, so waren doch die Scherze, mit denen er besonders Franz Kreis zum Schweigen zu bringen versuchte, etwas zu laffig und in ihrer Wiederholung zu breit. Die Rechtsparteien begründeten nur ganz kurz ihre ablehnende Stellung, während der demokratische Abgeordnete Erzeling dem Unternehmertum gut zuredete, das Gesetz nicht zu tragisch zu nehmen. Die deutsche Industrie werde sich ihm genau so anpassen müssen, wie feinerzeit die englischen Made in Germany-Gesetze. Zuletzt verurteilten die Unabhängigen noch einmal, die Abstimmung durch zweifelslos Reden aufzuhalten. Als diese dann gegen 7 Uhr erfolgte, selbstverständlich namentlich, brachte sie keinerlei Überraschungen. Das Betriebsrätegesetz ist somit zur Tatsache geworden.

Das Reichstagsgebäude war mit Sicherheits-truppen und Maschinengewehren wieder wohl besetzt. Trotzdem gutes Wetter war, herrschte völlige Ruhe. Die Erklärung des Belagerungszustandes hatte dem unternehmungslustigen Berliner Sonntagspöbel jedenfalls jede Lust, sich zu betätigen, benommen.

Der Verlauf der Sitzung.

W. Berlin, 18. Jan.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr mittags.

Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung des Betriebsrätegesetzes.

In der mit Abschnitt 1 (Allgemeine Bestimmungen) verbundenen Aussprache erklärt der Abg. Schiele (D. N.), daß seine Partei das Gesetz ablehne, da es dem darniederliegenden Wirtschaftslieben den Aufstieg erschwere. Die Verantwortung trägt die Regierung und die Rechtssozialisten.

Abg. Dr. Most (D. N.) erklärt, daß auch seine Parteifreunde dem Gesetz nicht zustimmen, das kein Mittel zum sozialen Frieden bilden werde.

Abg. Ehrhardt (Str.) betont im Gegenjatz zu den beiden Vorrednern, daß das Gesetz für das Wohl der Arbeiter einen großen Fortschritt bedeute. Seine Partei stimme dem Gesetz zu, weil sie es für eine zwingende Notwendigkeit erachte.

Abg. Senke (U. S.) weist darauf hin, daß das Reichstagsgebäude auch heute wieder mit Maschinengewehren besetzt sei. Unter Vorbereitungen zu einem neuen Massenmorde werde das für seine Partei unannehmbare Gesetz verabschiedet.

Abg. Osteroth (Soz.) macht der äußersten Linken zum Vorwurf, daß von ihren beiden Vertretern bei den 72 Abstimmungen im Ausschuss immer wenigstens einer gestimmt habe. Das Betriebsrätegesetz sei durchaus keine Gefahr für das Wiedererwachen der Industrie und siehe nicht im Widerspruch mit den Idealen der Sozialdemokratie und der Demokratie.

Reichsarbeitsminister Schilde teilt mit, daß wegen der internationalen Regelung der Geschäftsbedingungen in den Bergwerksbetrieben die Verhandlungen demnächst aufgenommen werden.

Abg. Erlenz (Dem.) glaubt nicht, daß die Industrie, wie es die Rechte darstellte, durch dieses Gesetz zugrunde gerichtet werde.

Die allgemeine Erörterung schließt.

Die allgemeinen Bestimmungen werden angenommen, ebenso mit geringfügigen Änderungen der Rest des Gesetzes.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

In namentlicher Gesamtabstimmung wird sodann das Gesetz mit 213 gegen 64 Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen. Die Mehrheit begrüßt das Ergebnis mit Beifall.

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, den Tag der nächsten Sitzung selbst festsetzen zu dürfen.

Sobald der Bericht des Steueraususses vorliegt, vor Ende Februar werde wohl die Nationalversammlung nicht einberufen werden können.

Abg. Senke (U. S.) hält eine Vertagung in dem jetzigen Zeitpunkt für bedenklich. Seine Partei lehne sich nach den Meinungen, weshalb die noch ausstehenden Arbeiten in der Nationalversammlung nicht hinausgeschoben werden sollten.

Abg. Schulz-Kraumburg fragt, wann das Wahlgesetz komme. Das sei doch die Hauptfrage. Das Haus schließt sich dem Vorschlag des Präsidiums an.

Wählerstimmen.

Berlin, 19. Jan. Zur Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes hebt die „F. o. f. u. a.“ hervor, daß die Geldentwertung erster Bedenken durch eine Gruppe von Männern, die dem Wiederaufbau der Wirtschaft dienen wollten, nichts zu tun habe mit der rein negativen Kritik, die den Interessen der Unternehmen zu dienen borge, oder mit der agitatorischen, gedankenlosen Behandlung der Unabhängigen, die nicht einmal versucht hätten, die Gestaltung des Gesetzes in enger Arbeit zu beeinflussen.

Damit, daß das Gesetz unter Dach und Fach ist, schreibt der „Vorwärts“, ist die linksradikale Reaktion, unter der sich die ganze Agitationsfähigkeit der Unabhängigen aufbaute, noch nicht erledigt. Das hochschweilige Bahnrad lebt in den Köpfen der Heißhörner weiter, solange die Demagogen noch Gehör in den Reihen der Arbeiter finden.

Der Abgang Clemenceaus.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 19. Jan. Clemenceau wird im Laufe des heutigen Tages dem Präsidenten Poincaré seine Demission als Ministerpräsident überreichen und zugleich die des Kabinetts überreichen. Da er weder Senator noch Abgeordneter ist, versündigt er völlig aus dem politischen Leben. Er wird auch den Vorsitz im Obersten Rat niederlegen.

Nach der Wahl Deschanel's.

Paris, 18. Jan. (Gavas.) Wahrscheinlich wird Deschanel am Dienstag in der Kammer seine Entlassung als Kammerpräsident abgeben. Als Kandidaten für diesen Posten nennt man Maoul Veret, André Lefebvre und Louis Barthou. Viviani hat dagegen abgelehnt, an Kandidieren.

Als Nachfolger Clemenceaus dürften außer Millevand auch Briand und Barthou in Betracht kommen.

In der französischen Presse wird die Wahl Deschanel's als ein sehr glückliches Ereignis beachtet. Die einstimmige Ansicht nach dahin, daß die eindrucksvolle Wahl durch die Nationalversammlung auf das bestehende Gemütszustand hinweist, daß die Kandidatur Deschanel's, weit davon entfernt, eine Kandidatur zu sein, sich im Gegenteil unter den obwaltenden Umständen als die ideale Kandidatur der nationalen Einheit darstelle.

Frankreichs Vertreter.

Paris, 19. Jan. (Gavas.) Der französische Gesandte in Berlin, de Marcilly, ist mit dem Kölner Schmelzhaus abgereist, um seinen Posten anzutreten. Der zurückgetretene Minister für öffentliche Arbeiten Clavelle ist zum Präsidenten der Zentralen Kommission für die Rheinabfahrt ernannt worden. Der Divisionsgeneral Mardaca, Chef des Militärkabinetts im Kriegsministerium, ist zum Kommandeur des 30. A. am Rhein an Stelle des Divisionsgenerals Vandenberg ernannt worden.

Die Lage Ungarns.

Budapest, 19. Jan. (Una. Korr.-Biro.) Ministerpräsident Sulfar erklärte in einer Rede, in Reußler fertige man den Sara Naarans an. Obwohl ohnmächtig, leisteten wir keinen Ruhenbild Bericht. Wir werden warten, bis wir wieder stark sein werden, mit geschickter Diplomatie auch unsere alten Feinde zu unseren Freunden machen zu können und dann Europa zu der Einheit zu bringen, daß die Frage, die am dringendsten der Welt harret, die Sache Naarans ist. Wir begreifen uns nicht, wir hören nicht auf die kriegerischen Begehren unverantwortlicher Kafforen, denn wenn wir ihnen folgten, würde uns bloß ein „archaischer Lob“ bevorstehen. Wir vertrauen auf die historische Widerstandsfähigkeit der ungarischen Nation und sind dessen sicher, daß wir mit starkem, nationalem Empfinden und in rein christlicher Moral unter anheimeltem Recht wieder aufzuerstehen werden.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Aus den Parteien.

Der erste demokratische Kandidat.

H. Berlin, 18. Jan. Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei für den Wahlkreis...

Der Parteitag des Zentrums.

Der gestern in der Wandelhalle des Reichstags in Berlin abgehaltene Parteitag des Zentrums...

Badische Politik.

Aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums.

Das Reichsjustizministerium hat in einer Verfügung...

Das Justizministerium wird nach Schluß des laufenden Schuljahres wieder eine beträchtliche Anzahl von Anwärtern für das Gerichtsprüfungswesen aufnehmen...

Die Vertagung der Fortbildung der Technischen Hochschule.

Der Streit um die Vertagung des fortgeschrittenen Unterrichts von Karlsruhe und Tübingen...

Die Beschäftigung der Betriebsverwaltungen. Der Ministerium des Landbau und Forstwirtschaftlichen Unterrichts...

Bürgermeister Huegel. Von Ettlingen war vom Gemeinderat in Weinheim...

Vorstandssitzung der Handwerkskammer Karlsruhe. Wir erhalten folgende Zuschrift: Der Vorsitzende der Handwerkskammer...

Der Kampf um die freie Wirtschaft und die Tabakfreigabe.

Bruchsal, 18. Jan. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Vorstände und Mitglieder der Bauvereine...

Schweningen, 18. Jan. Die Bauvereinvereine des Bezirks Schweningen beschließen sich in einer Versammlung mit der Tabakfrage...

Ostereheim bei Schweningen, 18. Jan. Die Polizei beschlagnahmte einen Wagen, auf dem sich 3 1/2 Zentner Haschisch befanden...

Mannheim, 19. Jan. Der 25-jährige ledige Deputat Friedrich Fertzig war nächster Weise in ein Kinotheater in der Mittelstraße eingestiegen...

Mingolsheim, 19. Januar. Hier wurden die Bewohner vor Nacht von dem eindringenden Wasser überflutet...

Verholsheim bei Freiburg, 18. Jan. Eine Bollvereinbarung der Ortsgruppe Christlicher Tabakarbeiter protestierte gegen die Freigabe...

Konzert des Männergesangsvereins Karlsruhe.

Der Männergesangsverein Karlsruhe veranstaltete am gestrigen Sonntagmittag ein Konzert...

Herrn Schmelz hatte der Verein für sein Konzert gewonnen. Opernsängerin Elisabeth Friedrich sang mit großem Erfolg...

Aus dem Stadtkreise.

Die Ueberfüllung in den kaufmännischen Berufen. Der Akademische Hilfsbund an der Universität Freiburg...

Künstlerische Darbietungen in der Stadt. Festhalle. Der Aus der Zeit bringt es mit sich...

Die Ueberfüllung in den kaufmännischen Berufen. Der Akademische Hilfsbund an der Universität Freiburg...

Künstlerische Darbietungen in der Stadt. Festhalle. Der Aus der Zeit bringt es mit sich...

Die Ueberfüllung in den kaufmännischen Berufen. Der Akademische Hilfsbund an der Universität Freiburg...

Künstlerische Darbietungen in der Stadt. Festhalle. Der Aus der Zeit bringt es mit sich...

Die Ueberfüllung in den kaufmännischen Berufen. Der Akademische Hilfsbund an der Universität Freiburg...

Künstlerische Darbietungen in der Stadt. Festhalle. Der Aus der Zeit bringt es mit sich...

Die Ueberfüllung in den kaufmännischen Berufen. Der Akademische Hilfsbund an der Universität Freiburg...

Künstlerische Darbietungen in der Stadt. Festhalle. Der Aus der Zeit bringt es mit sich...

ders anmerkt — tragen das Gebräue künstlerischen Wollens; auch jene, die aus der Sphäre der leichtgeschätzten Muten stammten...

Kolosseum. Das neue Programm ist vorwiegend auf das humoristische Moment eingestellt. Auch das rein Akrobatische ist meist mit erheiternden Zügen bedacht...

Körbervorlesung. Am Samstag nachmittag verles ein Wirt in der Altstadt einen betrübten Arbeiter...

Beschlagnahme wurden 4 Zentner armenes Gold, das von einem Möbeltransporteur und einem Fuhrmann im Stadtwald entwendet worden war...

Letzte Nachrichten.

Das Verlangen nach Auslieferung des Kaisers.

Paris, 19. Jan. (Reuter) Datsika hat gestern dem holländischen Gesandten die Note überreicht...

Gegen die Auslieferung.

München, 19. Jan. (Wolff) Die demokratische Landtagsfraktion brachte den Antrag ein, die bayerische Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken...

Heimholung unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Köln, 17. Jan. (Wolff) Die Reichsstelle Köln für die Kriegsangelegenheiten teilt mit, dass die Reichsregierung die Heimholung unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich...

Thorn geräumt.

Danzig, 19. Jan. (Wolff) Die Befehlshaber des 17. A. K. teilt mit, dass Thorn geräumt ist. In der Stadt herrscht Ordnung und Ruhe...

Der Streit italienischer Postangestellten.

Rom, 19. Jan. (Stefani) „Messaggero“ meldet, dass die neue und dritte Kategorie der Post-Telegraphen- und Telegrafenanstellungen...

Zur Offensive der Bolschewisten.

Annaberg, 19. Jan. (Wolff) „Westfälischer Bot“ meldet, dass Trocki erklärt habe, die nächste Aufgabe des bolschewistischen Volkes sei der Angriff auf Polen...

Die norwegische Lebensmittelpolitik für Wien.

Christiania, 19. Jan. (Wolff) Am Dienstag abend hier der dritte Tag mit Lebensmittelpolitik nach Wien ab. Es sind bereits so viele neue Gaben eingegangen...

Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Sibirien.

Washington, 19. Jan. (Wolff) Die Regierung hat heute an Japan an demotiert, dass sie anlässlich der ablaufenden Umstände vorzuziehen ihre Streitkräfte aus Sibirien zurückziehen...

Geistliche Mitteilungen.

Von den Nerven. Wenn wir ermüdet und leistungsunfähig werden, dann sind es nicht die Nerven, die verfallen, sondern der Betriebsstoff des Nerven...

